

Abonnements:
Monatlich 55 Pfennig ausschließlich
Trägerlohn; durch die Post bezogen
bei Selbstabholung vierteljährlich
Mark 2.10, monatlich 70 Pfennig.
Erscheint an allen Wochentagen
nachmittags.
Telegraphische Adresse:
„Volksstimme, Frankfurt/Main“.
Telephon-Anschluß:
Amt Ganja 7455, 7456, 7457.

Volksstimme

Inserate:
Die 6 gepalt. Petitzeilen des 15. Wk.
bei Wiederholung Rabatt nach Tarif.
Inserate für die fällige Nummer
müssen bis abends 8 Uhr in der Ex-
pedition Wiesbaden abgegeben
sein. Schluß der Inseratenannahme
in Frankfurt a. M. vorm. 9 Uhr.
Postfachkonto 529.
Union-Druckerei, G. m. b. H.
Frankfurt a. M.
(nicht „Volksstimme“ abbestellen)

Sozialdemokratisches Organ für Wiesbaden-Biebrich-Rheingau, Lahntal, Westerwald

Verantwortlich für Politik und Allgemeines: Richard
Wittich, für den übrigen Teil: Gustav Hammer,
beide in Frankfurt a. M.

Separat-Ausgabe für Wiesbaden
Redaktion, Verlag und Haupt-Expedition: Frankfurt am Main, Großer Hirschgraben 17.
Redaktionsbüro: Wehrstr. 49, Telephon 1026 — Expedition: Bleichstr. 9, Telephon 3715.

Verantwortlich für den Inseratenteil: Georg Mäler.
Verlag der Volksstimme Mäler & Co. — Druck der
Union-Druckerei, G. m. b. H., (Amst.) in Frankfurt a. M.

Nummer 207

Samstag den 4. September 1915

26. Jahrgang

Deutsche Verständigung mit Amerika. — Friedensgerüchte.

Friedenspläne?

Der amerikanische Gesandte im Haag, van Dyl, ein persönlicher Freund Wilsons, sieht den Abschluß der deutsch-amerikanischen Verhandlungen, die günstig verlaufen würden, voraus. Auch sei eine Verringerung der amerikanischen Politik in der Munitionsfrage möglich, sobald Wilson die Ansicht gewonnen habe, daß der Krieg durch die amerikanischen Munitionsbefestigungen verlängert werde. Man sollte meinen, daß diese Erkenntnis mit der ganzen Umwelt von Wilson längst gewonnen sein müßte. Vielleicht bedeutet es aber auch schon einen großen Fortschritt, daß jene Einsicht jetzt in der Diplomatenpraxis wenigstens für „möglich“ erklärt wird. Wenn Amerika wirklich wollte, hätte es den Krieg längst beendigen können!

Stimmen aus der englischen Unternehmervelt werden sich freilich noch dagegen, daß Amerika seine beiderseitigen Beziehungen zu England und Deutschland auch nur zu entfernten Vermittlungsversuchen benutze. So schreibt der „Manchester Guardian“:

„Wilson befindet sich offenbar in beträchtlicher Versuchung, die englisch-amerikanische und die deutsch-amerikanische Streitfrage gleichzeitig zu erledigen. Das Blatt will die Bedeutung des anderthalb Jahrhunderte währenden Streites zwischen England und Amerika keineswegs unterschätzen. Die Deutschen versuchen offenbar aus egoistischen Gründen diesen Anteil möglichst groß zu machen. Wer habe augenscheinlich an diese Gefahr gedacht, als er sagte, daß England nach dem Kriege bereit sein werde, im Verein mit anderen Mächten die Frage der Freiheit der Meere zu erörtern. Das Blatt schlägt vor, den völkerrechtlichen Streit Englands mit Amerika zu erledigen, indem man das Maximum der Kriegstätigkeit gegen Deutschland mit dem Minimum der Verletzung neutraler Rechte verleihe. Man solle die Blockade der deutschen Häfen notifizieren, die Politik der „fortgeschrittenen Meise“ ausdehnen, so daß sie die Einfuhr durch neutrale Häfen best, und ferner die Bannquelliste erweitern. Dann könnte man die königlichen Verordnungen fallen lassen, und England würde alle jetzt ausgeübten Rechte der Kriegsführung gegen Deutschland haben, ohne die legalen Rechte der Neutralen zu verletzen. Das Blatt hofft, auf diese Weise werde der Streit mit den Vereinigten Staaten erledigt und zugleich verhindert werden können, daß Wilson den Streit mit England und Deutschland gleichzeitig zu lösen versuchen würde.“

Aus diesen Sätzen spricht eine starke englische Befürchtung, daß das Eingreifen Amerikas die Aufrechterhaltung der englischen Geshaltsherrschaft zur See verhindern könnte. Es liegt aber auch im Interesse Amerikas, in dieser Richtung tätig zu sein. Und damit wäre dann allerdings der Anfang zur Schaffung einer Friedensgrundlage gemacht. Das ist jetzt die geschichtliche Aufgabe der Vereinigten Staaten. Sie wird ihnen von allen Seiten nahegelegt. Nach einer Meldung des Reuterschen Bureaus überreichte auch der amerikanische Kardinal Gibbons dem Präsidenten Wilson ein Schreiben des Papstes, das die Friedensfragen behandelt. Der Kardinal besuchte dann den Staatssekretär Lansing. Deutschland kann dabei ruhig die Wirkung seiner kraftvollen Verteidigung und seiner verhältnismäßigen Vorschläge an Amerika abwarten.

Angst vor dem Frieden?

Die „Kreuzzeitung“ bepricht in ihrer Ausgabe vom Freitag abend an leitender Stelle, die Mitteilung an die amerikanische Regierung, nach der Passagierdampfer nicht ohne vorherige Warnung und ohne daß das Leben der Nichtkombattanten in Sicherheit gebracht ist, versenkt werden sollen. Diese Mitteilung erfüllt das konservative Blatt mit lebhafter Besorgnis und schweren Bedenken. In dem Artikel heißt es dann weiter:

„Das Lob, welches man Deutschland spendet, läßt darauf schließen, daß man die Bedeutung des U-Bootskampfes gegen England als wesentlich geschwächt ansieht. Darüber hinaus ist ein gut unterrichtetes englisches Blatt, der „Economist“, der Meinung, daß die „Besserung in der Behandlung der Kriegsgefangenen, Kriegs Bemerkung über die Freiheit der Meere und die Modifizierung des deutschen U-Bootskrieges auf eine Verringerung der Spannung zwischen England und Deutschland zwecks hochdiplomatischer Absichten“ hindeute. Damit soll augenscheinlich eine Reizung zu Friedensverhandlungen angedeutet werden. Die Äußerungen Grevs sind nun freilich in keiner Weise geeignet, eine Grundlage für Friedensverhandlungen zu bieten, die für Deutschland auch nur der Erörterung fähig wäre. Es kann im Gegenteil nur als Hohn aufgefaßt werden, wenn Grev anbietet, daß die Freiheit der Meere durch Abkommen, Konferenzen und Begriffsbestimmungen gesichert werden solle. Gewiß werden nach Friedensschluß Abkommen und Begriffsbestimmungen wieder ihre Rolle spielen. Wenn dieser Krieg uns aber eins gelehrt hat, so ist es das, daß solche Verhandlungen für Deutschland Bindungen bringen, an denen es bis an die äußersten Grenzen des für seine Existenz Möglichen, wenn nicht darüber hinaus, festhält. Für England dagegen bedeuten sie zwar einen Schicksal, hinter dem es seine Wächter, Deutschland zu vernichten, verbirgt, wenn es das für praktisch hält, dagegen keinerlei Bindung gegenüber irgend einem Staate, der nicht die Macht hat, die Verletzung des Friedens zu erzwingen. Aus diesem Grunde sind Friedensverhandlungen mit England undenkbar, die uns nicht eine wesentliche rote Verstärkung unserer Nachstellung gegenüber diesem Feinde bringen, und deshalb ist es eine der dringend-

sten Forderungen, daß wir jede der Waffen, die wir gegen England in der Hand haben, auch voll ausnützen.“

Niemand in Deutschland außer den Kreuzzeitungsleuten fürchtet, daß der Reichskanzler in der Wahrung unserer Stellung gegenüber England zu schwach sein werde. Dagegen würde die große Mehrheit des deutschen Volkes es jubelnd begrüßen, wenn eine verringerte Spannung zwischen Deutschland und England es tatsächlich erlaubte, zu Ausgleichsverhandlungen zu kommen.

Befinnungspausen?

Amsterdam, 3. Sept. (D. D. P.) Edward Grev hat seinen Urlaub angetreten. Er wird in dieser Zeit von dem Präsidenten des Geheimen Rats, Trewe, vertreten werden.

Genf, 3. Sept. (D. D. P.) Der „Gerald“ meldet aus New York: Präsident Wilson tritt infolge des deutschen Rotenkreuzfeldbeschlusses Urlaubstreife am 10. September an.

Der gestrige Tagesbericht.

(Wiederholt, weil nur in einem Teil der gestrigen Auflage enthalten.)

Großes Hauptquartier, 3. Sept. (B. V. Amlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Bei Sonchez wurde ein französischer Handgranatengriff abgewiesen. Erfolgreiche Sprengungen in Flan- deren und in der Champagne.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Hindenburg.

Unsere Kavallerie stürmte gestern den besetzten und von Infanterie besetzten Brückenkopf bei Lennewaden (nordwestlich von Friedrichstadt); sie machte dabei drei Offiziere, 350 Mann zu Gefangenen und erbeutete ein Maschinengewehr.

Auf der Kampffront nordwestlich und westlich von Billa versuchten die Russen unser Vorgehen zum Stehen zu bringen. Ihre Vorstöße scheiterten unter ungewöhnlich hohen Verlusten.

Südöstlich von Merez ist der Feind geworfen.

Zwischen Augustower Kanal und dem Swiłowez ist der Njemen erreicht. Bei Grodno gelang es unseren Sturmtruppen durch schnelles Handeln über den Njemen zu kommen und nach Häuserkampf die Stadt zu nehmen. 400 Gefangene wurden eingebracht. Die Armee des Generals v. Gallwitz brach den Widerstand feindlicher Nachhut an der Straße Aleschew (südöstlich von Odele-Swielez). Die Heeresgruppe nahm gestern insgesamt über 3000 Russen gefangen und erbeutete ein Geschütz und 18 Maschinengewehre.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls Prinzen Leopold von Bayern.

Der Kampf um den Austritt der Verfolgungskolonnen aus den Sumpfen nördlich von Pruschan ist im Gange.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen.

In der Verfolgung ist die Jasiolka bei Sielec und Merez-Artuska und die Gegend von Antopol (30 Kilometer östlich von Kobryn) gewonnen.

Oesterreichisch-ungarische Truppen bringen südlich des Bolato-Dubowoj nach Osten vor.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Die Armee des Generals Grafen Bothmer nähert sich kämpfend dem Sereth-Abchnitt.

Oberste Heeresleitung.

Oesterreichisch-ungarischer Tagesbericht.

Wien, 3. Sept. Amlich wird verlautbart: 3. September 1915.

Russischer Kriegsschauplatz.

In Ostgalizien ist der Gegner überall an die Sereth-Linie zurückgewichen. Unsere Armeen verfolgen.

An der Reichsgrenze nördlich Jasiolka und östlich Grodno, sowie im Raum westlich Dubno und im wohnlichen

Heftungsdrücke stellte sich der Feind neutral an ganzer Front. Unsere Truppen befinden sich im Angriff.

Auch bei unseren an der oberen Jasiolka sechenden Streitkräften dauern die Kämpfe fort. Die Russen wurden aus einigen am Rande des Sumpfgebietes angelegten Ver- schanzungen geworfen.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Die auf dem südwestlichen Kriegsschauplatz im allge- meinen eingetretene Ruhe hielt auch gestern an.

Im Tiroler Grenzgebiet kam es bei der Mandron-Gütte (im obersten Val di Genova) und südlich Mori zu kleineren Gefechten, die mit dem Zurückgehen des Feindes endeten.

Im Raume von Fliisch und an einigen anderen Stellen der küstennäheren Front fanden Geschütz- und Minenwerferkämpfe statt. Abends schlugen unsere Truppen einen heftigen Angriff auf den Südtail des Tolmeiner Brückenkopfes ab.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes: v. Höfer, Feldmarschallleutnant.

Die Katastrophe der Russen.

„Züngst ist der Generalstabschef des russischen Oberkommandierenden abgesetzt worden; als Sündenbock stößt man ihn in die Wüste. Das ist sehr begreiflich, aber an den Dingen ändert es nichts. Zutreffend sagt das Kopenhagener Blatt „Politiken“ über die Lage: Nach dem Zusammenbruch der zweiten Verteidigungslinie sei der Rückzug da angelangt, wo er nicht eigentlich weiter fortgesetzt werden könne. Nicht die Russen seien es, die darüber zu bestimmen hätten bis wohin und in welchem Tempo sie sich zurückziehen sollten. Die Initiative sei vielmehr ganz und gar an die Deutschen übergegangen. Auf den Dnjepr müßten die Russen zurückfallen, um eine neue Verteidigungslinie zu gewinnen, das wäre aber 400 Kilometer landeinwärts, und bis dahin werde bei der Energie der deutschen Verfolgung von den Trümmern der russischen Heere nicht viel übrig bleiben.“

Es steht in der Tat fürchterlich um die Russen. Am 1. September hat in Petersburg das Militär- und Marinekomitee die Beratungen begonnen über Mittel und Wege, um dem Offiziersmangel im Feldheere abzuhelfen. Der Kriegsminister Poliwonow hat, wie die „Wost. Sig.“ erzählt, dem Komitee eine Denkschrift vorgelegt, aus der hervorgeht, daß die russische Feldarmee bisher an Toten, Verwundeten und Gefangenen 68 vom Hundert ihres Offiziersbestandes eingebüßt hat. Laut „Basler Nationalzeitung“ beträgt die Zahl der russischen Offiziersverluste von Kriegsbeginn bis zum 15. August 222 172, wovon 43 124 getötet und 161 443 verwundet wurden; die übrigen seien in Gefangenschaft geraten. Die gesamten Verluste an Mannschaften betragen schätzungsweise 5 1/2 Millionen. Von dieser fürchterlichen Ziffer sind selbstverständlich ansehnliche Massen Verwundeter und Erkrankter abgezogen, die inzwischen geheilt sind und zum Teil zur Front zurückkehren konnten. Aber auch dabei ist, wie bei der Unentweidlichkeit des russischen Sanitätsdienstes und den Bedingungen des Rückzugs nicht anders möglich, die Verhältnisziffer weit ungünstiger als in Deutschland. Selbst wenn man die Schätzung des Basler Blattes als übertrieben ansieht, bleibt ein ungeheurer Verlust.

Inzwischen geht das Verhängnis seinen Gang. Grodno ist zwar noch nicht gefallen, wie einige Blätter ausschrien, aber die ganze Westfront und die Stadt ist von Deutschen in der Hauptphase bezwungen. Niederbrennen, wie sie es mit Preß Witowsk gemacht haben. Können die Russen die gewerkschaftliche Stadt Grodno, die über 40 000 Einwohner zählt und zeitweise Tagungsort des polnischen Reichstags war, nicht mehr. Allerdings werden sie von den Forts, die noch in ihren Händen sind, die eigene Stadt beschützen, aber auch dieses Werk wird ihnen bald gelegt sein. Galt man dazu, daß am Nordflügel die Deutschen einen Brückenkopf zur Düna erstürmt haben und daß der ganze Südflügel weiter ostwärts vorrückt, so hat man wieder ein Bild andauernden Erfolgs, der die Russen der Katastrophe immer näher führt.

Die Flucht ostwärts.

Der Gouverneur von Bitchsk, Arkimowitsch, macht bekannt, daß die Bevölkerung des Gouvernements ihren bisherigen Wohnort verlassen könne und die an Ort und Stelle befindlichen Bestände an Vieh und Getreide den örtlichen Requisitionsstellen abzuliefern habe. Der Gouverneur von Minsk gibt bekannt, daß Flüchtlinge aus westlichen Gegenden in Minsk nicht verbleiben dürfen, sondern weiter ostwärts befördert werden müssen. Aus Dünaburg sind mancher auch die letzten bisher dort verbliebenen Behörden, die Filiale der Stadtbank, die Intendantur und das Geflügelsgesamt auf Befehl des Hauptquartiers zurückgezogen worden. In der

Stadt herrscht furchtbare Not. Brot fehlt fast gänzlich. Sonstige Lebensmittelpreise sind bis um das Dreifache gestiegen.

Russische Zerstörungswut.
Aus Lugano wird nach der „Deutschen Tageszeitung“ gemeldet, daß bei Jhorow das alte Schloß Sobieski von den Russen völlig vernichtet worden ist. Auch das Schloß bei Poleska, eines der ältesten Königschlösser und Geburtshaus des Königs Johann Sobieski, ist der russischen Zerstörungswut zum Opfer gefallen, ohne daß eine militärische Notwendigkeit vorgelegen hat.

Japanische und rumänische Alarmnachrichten.

Seit vorgestern bringen manche Blätter tendenziös aufgemachte Notizen über ein bevorstehendes aktives Eingreifen Japans und Rumäniens in den Weltkrieg an der Seite des Verbundes. Die Nachrichten sind aber unbegründet und unvorsichtig. Japan wurde gar nachgefragt, es werde sich durch Entsendung seiner Flotte an der Dardanellenaktion beteiligen. In gewissem Sinne könnte gewiß Japan ein Interesse haben, daß Rußland an den Dardanellen sich festsetze, weil auf diese Weise Rußlands Ausdehnungsdrang vom fernen Osten abgelenkt würde. Aber Japan weiß, daß schließlich Rußland den neuen Machtzuwachs sehr bald benutzen würde, um in Ostasien fröhlicher aufzutreten. Und vor allen Dingen: Japan sieht es gern, wenn Europa sich zerfleischt; seine eigenen Kräfte schon es und arbeitet an der Ausbreitung seines Machtbereichs. Die Vierverbands-Hoffnungen, als werde Japan mehr als Waffenlieferant beistehen, ist eitel. Waffen allerdings wird es weiter liefern, mindestens bis es die alten Konstruktionen los ist. Derweil rüstet es sich selber in neue Wehr.

Auch was aus der „Post. Itg.“ weiter verbreitet wurde und gar die Aufmachung erhielt, als werde Rumänien in aller nächster Zeit gegen die Zentralmächte losziehen, ist Gefasch. Man ärgert sich in Rumänien, weil man jetzt auf den großen Getreidevorräten sitzt — denn es fällt den Zentralmächten nicht ein, zu dem hohen Preis noch hohe Ausfuhrzölle zu zahlen! — und man wird nervös, weil Bulgarien und die Türkei sich nicht handelseins geworden sind. Die Nervosität läßt dann rumänische Journalisten törichtes Zeug schreiben und deutsche Blätter begeben die größere Lächerlichkeit, es weiter zu verbreiten. Jedenfalls sind die rumänischen Politiker, die man ja sonst einsehen mag, die man will, vorsichtige Politiker; nachdem Rußland schließlich gescheitert ist, werden sie sich vorsichtig zurückhalten. Übrigens heißt es, zwischen Rumänien und Bulgarien werde über eine Grenzberichtigung verhandelt und die Verhandlung stehe günstig. So daß also die Gefahr eines kriegerischen Zusammenstoßes zwischen beiden Ländern zurücktritt. Sie ist noch nicht beseitigt, aber ein Anlaß zu Alarmtönen liegt nicht vor.

Auf die Waffenstillstände Griechenlands scheint die Entente nicht mehr zu rechnen. Zwar hat die griechische Regierung der Kammer einen Gesetzentwurf unterbreitet, der Kriegskontingente unter Androhung sehr schwerer Strafen verbietet. Aber der Entwurf bezweckt die Behebung der gegenwärtigen Schwierigkeiten, die der griechischen Handelsmarine infolge der Unterfügungen durch die Flotten der Verbündeten erwachsen, soll also die Handelsinteressen fördern. Und kann er nicht auch gegen Serbien, den Kriegsgefährten der Entente, angewendet werden?

Die Balkansozialisten und der Krieg.

Am 22. August tagten in den größeren Städten der neutralen Balkanstaaten Versammlungen; sie waren die erste größere gemeinsame Manifestation der Balkansozialisten, und es traf sich gut, daß die Manifestation zeitlich mit dem neuen Schritt des Verbundes auf dem Balkan zusammenfiel. Jetzt war es mehr als je notwendig, die Geschlossenheit des gesamten Balkanproletariats zum Kampfe für den Frieden allen Bestrebungen ihrer Regierungen gegenüber zu manifestieren.

In Bukarest wurde die Versammlung im Saale „Dacia“, dem größten der Stadt, abgehalten. Dort sprachen Cristescu und Dr. Ra-

codati. Sie führten aus, daß die Resultate dieses Krieges in gar keinem Verhältnis zu den gedachten Opfern stehen werden. Er werde die größten Katastrophen fordern und zu den geringsten Veränderungen der Sozialstruktur führen — dies deshalb, weil die kämpfenden Parteien so ungeheuer stark sind, daß keine die andere vollständig niederwerfen könne. Was sehen wir heute nach einjähriger Kriegsdauer? Rußland, das bis kurz vor Ablauf des ersten Kriegsjahres Österreich endgültig zu überwinden schien, hat nicht nur Galizien, sondern auch den größten Teil Polens räumen müssen. Und dennoch kann deshalb noch lange nicht von einem endgültigen deutschen Siege gesprochen werden. Nach diesem schrecklichen Jahre, das die Menschheit je gesehen hatte, stehen die Kämpfenden einander mit ungebrochener Kraft gegenüber, und das Norddeutsche kann seinen Fortschritt nehmen.

Der Redner geteilte dann in scharfen Worten die jesuitischen Schmeicheleien, welche die Kriegsheerführer im Munde führen, um die Forderung nach dem Kriege populär zu machen. Insbesondere zeigt er an Beispielen aus den Kriegführenden Ländern, wie falsch die Ansicht ist, als ob ein Krieg der Demokratie Nutzen bringe. Für alle Balkanstaaten ist das Festhalten an der Neutralität der einzige Weg zur Erhaltung ihrer Existenz und zum Wohlstand.

An dieser Forderung mußte sie festhalten trotz aller verlockenden Versprechungen, von denen immer sie kommen mögen. Das Balkanproletariat wird seinen mutigen Kampf für die Segnungen des Friedens aller Balkannationen weiterführen und die streitenden Völker zur kooperativen Balkanrepublik vereinen, die allen eine gedeihliche Entwicklung ermöglichen wird.

Nach dieser Rede, die mit stürmischem Beifall und Hochrufen auf die Balkanrepublik aufgenommen wurde, nahm die Versammlung einen Bescheidungsbeschluss an gegen die Regierungen der Balkanländer, welche Anstalten treffen, ihre Länder, die vom Kriege noch verschont geblieben sind, in dieses Feuer hineinzustürzen. Die Versammlung erklärte in der kooperativen Balkanrepublik die einzige Garantie für die Existenz der Balkanstaaten.

Auch die Versammlungen in der Provinz nahmen überall einen erhebenden Verlauf.

Wirkung deutscher Vergeltungsmaßnahmen.

Berlin, 3. Sept. (W. B. Nichtamtlich.) Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt unter der Überschrift „Erfolg deutscher Gegenmaßnahmen“: Die dem Völkerrecht widersprechende Behandlung deutscher Kriegs- und Zivilgefangener in Dabomen und Nordafrika durch die französischen Behörden, insbesondere ihre Veranlassung zu übermäßigen Arbeiten unter klimatisch äußerst ungünstigen Verhältnissen, gab bekanntlich der deutschen Seeresverwaltung Veranlassung, nachdem alle Verhandlungen ergebnislos geblieben waren, eine größere Anzahl französischer Kriegsgefangener in Moorgeländen von Nordwest-Deutschland mit Zwangsarbeit und Kultivierungsarbeiten zu beschäftigen. Der Aufenthalt dafelbst ist ebensovienig wie die Beschäftigung irgendwie gesundheitschädlich; aber die Arbeit ist naturgemäß weniger anstrengend, als in den gewöhnlichen Gefangenenlagern, wenn auch bei weitem nicht so anstrengend wie die Beschäftigung der deutschen Kriegsgefangenen im Innern Afrikas. — Nachdem die deutsche Regierung erfahren hatte, daß die deutschen Gefangenen sämtlich aus Dabomen noch gesunden Blaken in Nordafrika verbracht worden waren, wurde ein entsprechender Teil der französischen Gefangenen aus den Moorgeländen in die alten Gefangenenlager zurückgebracht. Neuerdings teilte die französische Regierung mit, daß alle im Innern von Nordafrika befindlichen deutschen Kriegsgefangenen an gesundheitslich einwandfreie und kühlere nordafrikanische Plätze gebracht worden wären; auch erklärte sie sich unter Voraussetzung der Gegenseitigkeit damit einverstanden, daß diese Plätze von geeigneten, deutscherseits vorgeschlagenen, neutralen Persönlichkeiten beaufsichtigt werden. In der Voraussetzung, daß durch diese Beschäftigung die französische Mitteilung bestätigt wird, wurden auch die übrigen französischen Kriegsgefangenen aus den Moorgeländen wieder in die gewöhnlichen Gefangenenlager übergeführt.

Keine Freilassung der Geiseln aus dem Elsch.

Basel, 3. Sept. (W. B. Nichtamtlich.) Die Basler Stillestelle, welche seit Monaten erfolgreich bemüht ist, die Lage der Geiseln in Frankreich und Deutschland zu verbessern, hat dieser Tage einen Abgeordneten nach Bern entsandt, um mit Vertretern der benachbarten kriegführenden Staaten die Frage der Freilassung der künftigen Kriegsgeiseln zu besprechen. Leider hat sich ergeben, daß zur Zeit die französische Regierung darauf nicht eingehen kann. Es scheint, daß die Ermüdung der Auslieferung gegeben hat, daß Deutschland die gesamte Bevölkerung der besetzten Departements in Ge-

walt hat, während Frankreich nur wenige Geiseln besitzt, die es durch den Vorstoß ins Elsch gewonnen hat. Es befürchtet, nach deren Freilassung keinerlei Einfluß mehr auf die Behandlung seiner Staatsangehörigen unter deutscher Verwaltung zu besitzen. Die Delegation hat den Eindruck gewonnen, daß neue Vergeltungsmaßnahmen von der einen oder anderen Seite nicht zum Ziele führen würden.

Französische Wirtschaftsschwierigkeiten.

Paris, 3. Sept. (W. B. Nichtamtlich.) Der „Matin“ stellt fest, daß infolge der ungünstigen Witterungsverhältnisse im Juni und Juli die diesjährige Ernte Frankreichs weit hinter der Schätzung zurückbleibt und zu den schlechtesten Ernten gehört, welche seit 30 Jahren zu verzeichnen sind. Die Ernte werde wahrscheinlich 65 Millionen Zentner nicht übersteigen, somit um ungefähr 15 Millionen Zentner hinter dem Durchschnitt zurückbleiben. Der „Matin“ glaubt, daß Frankreich etwa 20 Millionen Zentner Getreide im Ausland zu kaufen müsse, um bis zur Ernte 1916 durchzuhalten, was etwa 600 bis 700 Millionen Franken koste. Die Regierung solle jetzt schon die notwendigen Maßnahmen ergreifen, um der möglichen Lage abzuweichen.

Paris, 3. Sept. (W. B. Nichtamtlich.) Die „Nouvelle République“ entnimmt einem Zirkular einer schweizerischen Expeditionfirma einen Artikel aus dem Pariser „Sémaphore“ über die Lage im Hafen, in dem es heißt: Die Verhältnisse drohen kritisch zu werden, wenn nicht die nötigen Vorkehrungen getroffen werden. Über 37 große Dampfer mit mehr als 150 000 Tonnen warten auf Lössung. Der Aufenthalt kostet den Importeuren Millionen, um so mehr, als die italienische Mobilisation die allgemeinen Verhältnisse nur noch schwieriger gestaltet hat. Man weiß, wie zahlreich die italienischen Arbeitskräfte in Marseille waren. Alle diese Hafenarbeiter fehlen bisher nach Italien zurück. In dem gleichen Maße, wie die Arbeitskräfte abnehmen, schwillt die Güterstauung an. Die Beladung eines Dampfers, die früher drei Tage beanspruchte, dauert heute fünfzehn. Vieles muß die Entladung unterbrochen und anderweitig begonnen werden. Bald wird werden die Vorkriegsoperationen und vor allem die Verladung und Abfuhr, ungemein erschwert. Ungeheure Nebenkosten für Liegegelde sind die Folge dieser Zustände. Sie kosten Millionen und die unumgängliche Folge ist eine allgemeine Verteuerung.

Wirtschaftsfragen im Krieg und Frieden.

Einer der Hauptleute der Industrie, Dr. Walter Rathenau von der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft, äußerte sich der Generalversammlung seiner Gesellschaft über die Wirtschaftslage folgendermaßen: Die Umstellung von der Friedenswirtschaft zur Kriegswirtschaft wurde in überraschend klarem Gange mit glänzendem Erfolge von der Industrie durchgeführt und unsere Gesellschaft wirkte für ihren Teil an dieser Bewegung mit. Im Herbst des letzten Jahres traten völlig neue Fragen an Deutschland heran, sowohl hinsichtlich der Beschaffung der Rohstoffe, wie auch hinsichtlich des Friedensbedarfes. Diese Fragen entsanden aus der Lage, die uns England durch die Blockade aufzwang. Die Sorge für die Rohstoffe ist vollkommen gewichen und wir können zu unserer Freude sagen, daß dies durch die Arbeitsorganisationen und -Methoden ermöglicht wurde, die mit den Traditionen unserer Gesellschaft verknüpft sind. Die Abwertung bedroht uns nicht mehr, im Gegenteil, es hat sich das Verhältnis umgekehrt. Dasjenige Land, das über uns die Blockade verhängte, in der Hoffnung, uns industriell zu erschöpfen und wirtschaftlich zu töten, leidet auf Schwere an der eigenen Blockadefreiheit, während wir trotz der Einschränkung imstande sind, die gewaltige Wirtschaft weiter zu betreiben und ungeachtete Mengen Kriegsmaterial zu erzeugen. Wir sehen, daß England sich abmüht, Zahlungsmittel aufzubringen für die Milliardenrechnungen, die ihm aus der Einfuhr an Auslandsforderungen erwachsen, während wir, die wir uns an die Binnenwirtschaft gewöhnt haben, der wirtschaftlichen Bedrängnis entgangen sind und abermals die Hoffnung haben, daß die glänzende Leistung unserer Kriegsanleihe, zu der auch wir wiederum beitragen dürfen, unsere Unabhängigkeit nach Außen bestätigt. Die Binnenwirtschaft führt zu Ergebnissen, die auf die Geldlage unserer Gesellschaft einwirken. Ich habe hervorgehoben, daß unsere Liquidität uns nicht beangstigt. Wir leben in einer Periode großen Ausverkaufs. Viele Lager, viele Bestände in den Fabriken verringern sich, vor allem verringern sich die Schuldbestände und folglich dieser Erscheinung ist die Flüssigkeit der Gesamtmittel des Landes und die Flüssigkeit

Genüßleton.

Quer durch das verwüstete Polen.

Von unserem Kriegsberichterstatter Hugo Schulz.

28. August 1915.

Eine Autofahrt von Lublin nach Krakau ergibt einen Längenschnitt durch den von der Offensive der Verbündeten durchwühlten Raum. Die Motorwagen sind wahre Siebenmeilenfüße, sie tragen uns in 14 Stunden durch die endlosen Weiten der karpatenlosen Ebene bis ans Ziel, das uns schon von fern winkt, als blendende Dichterzeile, die aus dem dunklen Schloß der Nacht in tausend Silberfunken aufspritzt. Die Bilder, die die Leidensstationen der heiß ringenden Seere auf dem langen Wege kennzeichnen, fädelten sich in gedrängter Hast an unserem Kurse auf zu einer dichtgefügten Kettenkette von erschütternden Zeugnissen harter und greuelvoller Kriegstun. Wir verlassen Lublin am Morgen nach der Erstürmung von Lubartow und nehmen zunächst Richtung nach Nordwesten. Die gute Straße ermöglichte beschleunigtes Fortkommen und gab vorerst auch noch Einblicke in freundlichere, ja sogar idyllische Episoden der gewaltigen Kriegsepoche. Wohl deuteten in der Ferne westwärts marschierende Kolonnen und noch weiter nördlich kaum wahrnehmbare Rauchsäulen, die sich nur schemenhaft wie verschwimmendes Gewölbe in den Himmel einzeichneten, den blutigen Ernst an, aber an der Straße selbst trug das Kriegsleben noch heitere Züge. Aus den Kesseln der Gaskanonen dampfte es lustig und Landsturm-Batterien hielten in Lagerformation hinter den Geschützpyramiden behaglich Wache. Auf den Getreidefeldern aber wimmelte es von Feldgrauen, die das Getreide abgeernt hatten und dafür die Sense schwingen, wie im tiefsten Frieden. Sogar eine Nähmaschine hatten sie aufgetrieben, die hirtig ihre Räder drehte und durch das wogende Saatendickicht binnen wenigen Minuten Schnittfurchen zog von der Ausdehnung eines Schützengrabens für eine Kompanie. Das ging so bis Rurow, und die paar zerflossenen Säuer, die auf diesem Wege gesät wurden, taten dem Wilde kaum Eintrag. Ich dachte schon, daß man den Russen Unrecht tue, wenn man behauptet, daß sie ihre Rückzugslinie systematisch vernichtet, aber hinter Rurow wurde ich alsbald eines anderen belehrt.

Da die Straße nach Wargorod zum Teil noch in Feindes Hand war, mußten wir die nordwestliche Richtung ausgeben, und nach Westen abbiegen, um bei Nowo-Alexandria die Weichsel zu überschreiten. Auf diesem Wege aber lernte ich die moskowitische Zivilisation in ihrer wahren Gestalt kennen.

Es war mir, wie wenn mich plötzlich ein wüster Wüstentraum in Bonn geschlagen hätte und mich mit höllischem Spuk prinigte. Sogar die Natur schien aus den Gleisen geraten zu sein und mitten im Dschungel einen jähen Sprung in den Spätherbst getan zu haben, denn soweit ich um mich blickte, überall waren die Ranken von den Bäumen ins Brautrot verfarbt. Ich sah dicke Büsche und Birkenbüschel, Gärten mit hochragenden Kuckbäumen, Akazien- und Boppelkallen, stattliche Linden mit breitem Geäst, aber nicht eine Spur von Grün haßte an den Zweigen. Das Laub war noch in seiner ganzen Fülle da, jedoch die Blätter schon aus wie eingerollte Sigarettenspitzen. Das seltsame Naturphänomen klarte sich bald auf. Die fengende Hitze furchbarer, fast alles Menschentum im weiten Umkreis aufschreckender Brände hatte mit allübendem Rauch das grüne Laub ausgesperrt und geröstet. Wie aber haben erst die menschlichen Ziebelungen aus! Wir fuhren durch eine ganze Reihe von Ruinenstädten, die vor einigen Tagen noch große stattliche Ortschaften gewesen sind, aber nun hauptsächlich dem Erdboden gleichgemacht waren. Nur die Schornsteine standen noch und ragten rauchgeschwärtzt aus dem Ziegeldunst auf wie Leichensteine zwischen Gräbügeln. Nicht ein Mauerrest war zu sehen, es war, wie wenn alles zermalmt und zerstampft worden wäre. Auf dem Trümmerhaufen lagen verbogene Blechplatten und allerhand Scherben. Der Anblick des Waldes von nackten Schornsteinen, die regelrechte Reihen bildeten, gemahnte an die Versäule eines Friedhofs. Die wenigen gerlumpten Elendsgestalten, die schen und gedrückt zwischen den Gräbern ihrer kimmerlichen Habe herumirrenden oder in den Trümmern herumstocherten, vervollständigten dieses traurige Bildnis. Mit ganz besonderer Gründlichkeit haben die kaiserlichen Zerstörer in Nowo-Alexandria gewüthet. Dieser Ort liegt am Ufer der Weichsel und muß, nach einigen Ueberresten zu schließen, ein freundliches, behagliches Städtchen gewesen sein — sogar prägnant mit westeuropäischer Eleganz. Umrahmt von prächtigen lippigen Gärten, muß es, vom jenseitigen Ufer der Weichsel gesehen, einen recht malerischen Anblick geboten haben. Jetzt aber ist

es ein groteskes Gaviro von Ziegelschutt, verbrannten Holzspalten und Scherben, ein Ebenbild des struppigen Karnatidenhauptes seiner kaiserlichen Zerstörer. Am Stromufer stehen einige Karren, um die sich armelige Bauern und Kasanjuden scharen. Die sind vom jenseitigen Ufer gekommen, um den Einwohnern von Nowo-Alexandria, wenigstens den eigenen Freunden und Verwandten, irgendeine Hilfe zu leisten. Sie finden aber niemanden, denn Nowo-Alexandria hat keine Einwohner mehr. Alle sind vertrieben oder verstorben. Nicht von den wilden Horden irgend eines oskischen Marhaddon oder Asurpanibal, sondern von der Befreierarmee Nikolai Nikolajewitsch, des Verbündeten der französischen und englischen Zivilisation.

Der hochgeschwollene Weichselstrom gebot unserer Fahrt Halt. Die Pioniere waren mit ihrer Notbrücke noch nicht fertig und da gab es eine recht umständliche Ueberfahrt. Wir verladen uns samt den Autos auf eine breite „Galeere“, die eigentlich ein Bastardgebilde aus einem Floße und einer Platte ist, dann nahm uns ein kleines Motorboot der Pionierabteilung ins Schlepp, sodann mußten wir auf dem jenseitigen Ufer unsere schweren Karren noch mühselig die Böschung hinaufgeschleppt werden. Noch mußten wir ein Stück querfeldein fahren, bis wir endlich die Straße nach Radom gewannen. Die Bilder vom jenseitigen Ufer wiederholten sich nun in trostloser Eintönigkeit. Immer wieder Brandruinen, dazwischen Schützengräben und Drahtverhaue. Die Befestigungsgräben folgten aufeinander in ganz kurzen Abständen. Kerbe um Kerbe ist da in den Boden gebauen, und die Schützengrabenreihen sind hier förmliche Weizenzeiger, an denen sich das stufenweise Fortschreiten der Offensive ablesen läßt.

Näher an Radom werden die Brandruinen seltener, man erkennt, daß die Russen bei Beginn ihres Rückzuges noch schäferne Anfänger in ihrer Verwüstungsstrategie waren. Radom selbst ist eine große, belebte Stadt, die ebenso wie Lublin eine unbegreifliche und wie durch Zauber entthronte Oase in der verödeten Landschaft bildet. Vor der prächtigen russischen Kirche mit den vergoldeten Zwiebelkuppen haben wir die Reste von Wargorod, einen ganzen Park von eroberten Schützengräben, aber viele mit geborstenen Mähren oder zertrümmerten Beschützstücken und verbogenen Raketen. Selbst der Zerstörung anheimgefallen, sind sie nicht mehr

auch unserer Mittel. In dieser Verfassung und in diesem teilsweisen Warenverkauf ist ein wenig beachtetes aber doch wirtschaftlich erträgliches Moment eingeschlossen. Deutschland entledigt sich während dieser Zeit aller Lagerüberschüsse und aller derjenigen Vorräte, deren es nicht dringend bedurfte. Man kann sagen, in der großen Erleichterung von Vorräten, die wir nicht sagen, daß wir Lagerhäuser in dieser Gesellschaft hatten, aber eine Liquidation großer Bestände fand in einem weitgehenden Umfange statt. Wir fühlen uns dadurch gestärkt und für neue Aufgaben gerüstet. Wir dürfen uns nicht verhehlen, daß die doppelte Vorbereitung, in der wir stehen müssen (Vorbereitung für Kriegsverlängerung ebenso gut wie Vorbereitung für einen raschen Friedensschluß), vielleicht den schwereren Teil unserer Arbeit ausmacht, im Vergleich zu dem, was bis jetzt geleistet worden ist. Wir glauben, ein Gegenmittel gegen einen Teil des nachfolgenden Exportes, gegen einen Teil der verlassenen europäischen Gesamtwirtschaft und gegen die Verstärkung unserer Fabrikations- und Wirtschaftsentfaltung zu finden. Die Verstärkung der Wirtschaftswirtschaft wird eine allgemeine Aufgabe für Deutschland sein.

Arbeiterpolitik in Kriegzeiten.

In London haben gestern die Gewerkschaftsverbände der Bergleute, Eisenbahner und Transportarbeiter, die insgesamt anderthalb Millionen Mitglieder besitzen, über die Schaffung einer gemeinsamen Organisation zwecks gemeinsamen Vorgehens in industriellen Fragen beraten. Eine Massenversammlung der Gewerkschaften nahm eine Resolution an gegen die Einstellung billiger chinesischer Arbeitskräfte an Bord britischer Schiffe.

Man wird nicht sagen können, daß dies unbedeutende Maßnahmen der Arbeiter in Kriegzeiten seien. Sie haben Anspruch darauf, gerade auch dann, wenn viele von ihnen auf den Schlachtfeldern bluten, die Lebenshaltung der Briten daheim nicht herunterdrücken zu lassen, was durch erhöhte Ausbeutung, Wegfall des Arbeiterschutzes und Kriegsteuerung leicht geschehen kann.

Allerdings gibt es Leute jenseits und diesseits des Kanals, die anderer Ansicht sind. So verbreitet das deutsche Wollische Telegrammbureau mit einer gewissen Geringschätzung folgende Behauptung der Londoner „Morning Post“ über die letzten Lohnverträge der energischen Bergarbeiter von Südwales:

„In dem Kohlenarbeiterstreik in Südwales scheinen wir einen jetzt vorübergehenden Waffenstillstand erreicht zu haben, die mit einem schon klingenden Ausdruck als Ausgleich bezeichnet werden; selbstverständlich ist er dadurch erzielt worden, daß die Regierung vor den Forderungen der Arbeiter die Waffen gestreckt hat, und zwar so unbedingte, als ob es nie ein Munitionsgesetz gegeben hätte. Die Bergleute wissen, daß ein Stillstand in den Kohlenlieferungen bei der jetzigen gefährlichen Lage Englands einen Stoß ins Herz der Flotte bedeuten würde; sie wissen, eine wie große Freude und Hoffnung ein Streik in Südwales in Berlin erwecken würde. Könnten werden sie vielleicht die Arbeit wieder aufnehmen, aber wie lange werden sie ihr letztes Versprechen halten? Es ist niederschlagend, daß alle Versöhnungspolitik den Zweck der Versöhnung nicht erreichen kann. Südwales gibt ein sehr schlechtes Beispiel; man erschrickt vor den Folgen, wenn es nachfolgt finden sollte.“

Das ist sicher ein ganz verkehrter Standpunkt für jedes moderne Industrieland und seine Arbeiterpolitik. Die Forderungen der Arbeiter sollen niemals von vornherein als unerlaubt betrachtet werden. Sie haben immer ihren Ursprung in wirklichen Bedürfnissen der kochenden Masse. Unmöglichen Lohnforderungen schließt sich keine Menge an. Es ist also überall durchaus klar, wenn Regierung und Unternehmer einen Ausgleich zwischen Arbeiterbedürfnis und Kriegslage finden. Und es ist ganz falsch, daß ein solcher Ausgleich nur zu neuen Forderungen reize. Es dient vielmehr hervorstechend der Beruhigung und kulturellen Befriedigung der angestrengt Arbeitenden und macht ihnen das Land lieb, das ihnen solches Entgegenkommen zeigt. Man könnte auch in Deutschland nicht besser tun, als das kluge englische Verfahren nachzuahmen, wo es noch nicht geschehen ist. Die deutschen Arbeiter zeichnen sich sicher nicht durch ein Uebermaß in ihren Forderungen aus.

fähig, furchtbare Werkzeuge der Zerstörung zu sein, und werden irgendwie als altes Eisen einen friedlichen Beruf ergreifen müssen.

Hinter Rodom konnten wir wie befreit aufatmen, denn die Schreckbilder greulichster Zerstörung schwandten uns aus dem Blick. Wir kamen nun durch unberührte Ortschaften, sahen wieder Männer und Frauen, die unbekümmert auf den Feldern arbeiten oder Kinder weiden, und sogar die Landtschaft machte friedliche Verweise, sich mit Reigen auszustatten. Die Döle Gora ist zwar kein ernst zu nehmen des Gebirge, sondern höchstens eine Wodenschwelle, immerhin bieten ihre dichten Wälder und kargen Triften mehr Augenweide als die eintönige sarmatische Ebene, und im Dufte der Nadelbäume verlor sich auch alsbald der entsetzliche beizende Brandgeruch. Bei Rielze gibt es sogar mitten unter anmutigen Hügeln einen schroffen Felsrücken mit einer malerischen Burgruine, und da Rielze obendrein auch die kühnen Formen einer europäischen Stadt besitzt, war es mit zu Rute, als hätte ich die Hone der Goren, die das zurückflutende Aufsehen verleiht hat, bereits überschritten. Noch aber war die Rida nicht erreicht und erst, als sich die Schatten der Nacht schon wiederholten, gewannen wir das Ufer des träge dahinschleichenden Flusses, der 5 bange Monate hindurch die unverrückbare Grenzschleife zwischen Ost und West, der unüberwindliche Wassergroben der Moskower-Festung zu sein schien. Fünf Monate lang hatten dort drüben hinter dem Schiffsried in festungsartigen Stellungen unsere Deutschmeister gelegen und einige Kilometer weiter landeinwärts hatte sich ein gewaltiger Mäuer in den Boden eingerammt, um zeitweilig keine Eisenbahnen den Moskowitern hinüberzuführen. Die aber schienen sich für die Unmöglichkeit auf den Anhöhen hinter dem jenseitigen Ufer eingerichtet zu haben, und kaum wagte man noch zu hoffen, daß es je anders würde. Wie weit, wie weitestent, sind sie heute von der Rida entfernt! Zwischen Twerdzojow, wo im Monat Mai noch die Fenster klirrten vom nahen Kanonen Donner und den fernen Ebenen, über die heute das Schlachtfeldumwitter brost, liegt der Siedlungsraum eines ganzen befreiten Volkes.

Vom Rühlheimer Pfarrer.

Wir erhielten folgende Zuschrift:
Das unterzeichnete katholische Pfarramt Rühlheim a. R. ersucht auf Grund des Kriegsgesetzes um Aufnahme folgender Zeilen in der nächsten Nummer der „Volksstimme“:

Ein Aufreizungsprozeß in Düsseldorf.

Anfang Juni wurden in Düsseldorf zwei Parteigenossen, die Genossen Odel und Parteifreier Westkamp, verhaftet, weil sie nicht genehmigte Flugblätter aufreizenden Inhalts verbreitet haben sollen. Es handelt sich um die vom Agitationskomitee Nieder-Rhein herausgegebene Monatschrift „Korngelb“ — wegen der Genosse Riebuhr (Eberfeld) als Herausgeber kürzlich zu 3 Monaten verurteilt worden ist — und um ein Flugblatt unbekannter Verfasser, betitelt: „Der Hauptfeind steht im eigenen Land“. Beide Schriften sollen außer gegen das Gesetz über den Verleumdungszustand (unersuchte Verbreitung), gegen § 130 St.G.B. verstoßen und im Sinne der Aufreizung verschiedener Bevölkerungsklassen gegeneinander wirken. Sodann sollen beide Genossen noch gegen die Zensurvorschriften des Strafgesetzbuchs Generalverleumdung des 7. Armeekorps verstoßen haben, indem sie die nicht der Zensur vorgelegten Schriften „Korngelb“ gegen den Krieg“ und „Unsern Verleumdungszustand“ (Reichswehr) verbreitet haben.

Am Donnerstag fand nun vor der Düsseldorf Strafkammer die Verhandlung gegen die beiden Genossen statt; sie währte den ganzen Tag. Die Öffentlichkeit wurde nur bei Verlesung des Hauptfeindes „Der Hauptfeind steht im eigenen Land“ ausgeschlossen, sonst wurde in breiter Öffentlichkeit verhandelt. Etwa zwei Dutzend Personen waren geladen, u. a. auch Genosse Scheidemann und der Vorsitzende des Bundes „Neues Vaterland“, Herr von Tepper-Laski. Letzterer sollte u. a. über die angeblichen oder wirklichen englischen Friedensangebote, die im Frühjahr d. J. im Gang erfolgt oder vermittelt worden sein sollen, ausfragen. Das Gericht lehnte jedoch auf Antrag des Staatsanwalts die Zulassung dieser Frage ab. Der Staatsanwalt behauptete, der Prozeß richte sich nicht gegen die sozialdemokratische Partei als solche, sondern gegen das Vorgehen einzelner Personen. Zu Anfang seien man nämlich bestrebt, die Angeklagten auf eine bestimmte Richtung innerhalb der Partei festzulegen, der Versuch wurde aber bald als auschütlos aufgegeben. Die umfangreiche und eingehende Zeugenvernehmung erachtete nicht im geringsten den Beweis, daß der Parteifreier Westkamp das Flugblatt „Der Hauptfeind steht im eigenen Land“ verbreitet oder weitergegeben hat, wie das die Anklage auf Grund der polizeilichen Ermittlungen behauptet, es handelte sich hierbei nur um Vermutungen. Die Vertreter und Beugen der Polizei gaben an, daß ein unbekannt gebliebener Herr bei einem nicht mehr zu ermittelnden Polizeibeamten Anzeige erstattet habe, im „Korngelb“ würden vaterlandfeindliche oder unpatriotische Flugblätter verbreitet. Genosse Odel hatte von vornherein angegeben, daß er im Laden eines bekannten Genossen an zwei ihm gut bekannte Parteimitglieder je ein Flugblatt „Der Hauptfeind“ abgegeben habe. Sodann habe er im „Korngelb“ auf einer Bank ein Blatt liegen lassen. Weitere Belastungsmomente ergab auch die Beweisaufnahme nicht. Der Staatsanwalt hielt trotzdem die Anklage im vollen Umfange aufrecht; er beantragte gegen Westkamp 1½ Jahr und gegen Odel 9 Monate Gefängnis. Als Verteidiger sprachen Grosse (Berlin) und Ochs (Düsseldorf).

Das Gericht erkannte gegen jeden der beiden Angeklagten auf drei Monate Gefängnis; sechs Wochen der Untersuchungszeit wurden ihnen angerechnet. Beide wurden sofort aus der Haft entlassen. Westkamp wurde wegen des Flugblattes „Der Hauptfeind“ freigesprochen; jedoch habe er sich durch Verbreitung des „Korngelb“ gegen § 130 St.G.B. (Aufreizung) vergangen. Derselbe Paragraph wurde auch gegen Odel angewandt, jedoch als strafmildernd angesehen, daß er nur wenige Exemplare der Flugblätter „Der Hauptfeind“ verbreitet habe. Beide wurden sodann nach dem Verstoß gegen die Zensurvorschriften für schuldig befunden.

Die Einberufung des Internationalen sozialistischen Bureaus.

Im „Abant“ vom 27. August veröffentlicht Banderbelde den folgenden, aus London am 12. August datierten Brief:
„Liebe Genossen! Im „Labour Leader“ vom 12. August finde ich die im „Abant“ erschienene Uebersetzung einer Unterbrechung mit Morgari, die mit folgenden Worten (ich überlese sie aus dem Englischen) lautet:

„Wir wollen eine internationale Konferenz verhindern. Wir haben den Apparat der Internationale in Händen und sind nicht geneigt, ihn anderen zu überlassen, damit sie sich seiner als Hindernis des Kampfes für Freiheit und Recht bedienen, der für den Triumph des Sozialismus notwendig ist. Der Kampf für Freiheit und Gerechtigkeit hängt eng zusammen mit dem Kampfe gegen den deutschen Militarismus.“

Ein Geheiß nach dem Gedächtnis wiederzugeben, das nicht zur Veröffentlichung bestimmt war, hat immer seine Schwierigkeiten. Ich habe nie zu Morgari gesagt, daß, indem wir den Apparat der Internationale in Händen hätten, wir eine internationale Konferenz verhindern wollten“. In unserer Eigenschaft als Mitglieder des geschäftsführenden Ausschusses wären wir zur Einberufung des Bureaus verpflichtet gewesen, wenn diese regelmäßig gefordert worden wäre. Und selbstverständlich hätten weder

In Nummer 198 und 199 Ihrer Zeitung brachten Sie im „Heimischen“ unter der Ueberschrift „Der Schächer von Rühlheim a. R.“ eine Erzählung, die sich auch mit einem tiefen Warrer aus der Zeit während und nach dem Befreiungskriege beschäftigt. Bezüglich dieses angeblichen Warrers von Rühlheim, der „Grüner“ genannt wird, ist zu bemerken, daß ein Warrer dieses Namens niemals hier gewesen ist. Ebenso hat es auch weder damals noch später einen Hülsgeliebten oder Kaplan dieses Namens hier gegeben, da die Kopialstelle dafür erst am 26. Mai 1888 gegründet und besetzt wurde. Es kann aber auch kein hiesiger Warrer anderen Namens in Betracht kommen, der die in der Erzählung erwähnte Schuterei ausgeübt und durch Selbstmord acht Jahre später getötet hätte. Die angebliche Mitteilung des erwähnten französischen Offiziers durch Schächer Adam Wolf von Rühlheim fand statt nach der Schlacht bei Leipzig, im Oktober oder November 1813. Vom 12. März 1811 an war hier Warrer Johann Philipp Schmalenberger aus Bruchsal, der am 13. April 1887 an „Abzehrung“ starb. Dieser kann aber der Schuterei an dem Schächer Wolf nicht beigemessen werden. Denn nach den Angaben der Erzählung hätte der Tod des betreffenden Warrers schon 1821 oder 1822 erfolgt sein müssen, während Warrer Schmalenberger erst 1887 starb, und der Warrer hätte nach den Angaben der Erzählung durch Selbstmord getötet, während Warrer Schmalenberger nach dem Ausweis der hiesigen amtlichen Register an „Abzehrung“ starb. Auch nachfragen bei älteren Leuten darüber ergaben keine Angaben über den Warrer der erwähnten Hülsgeliebten. Ebensonst enthält die Chronik der Partei Rühlheim dahinlautende Angaben.

Mithin sind auch die an die angebliche Schuterei des Warrers geknüpften Ausführungen ohne Grundlage und gegenstandslos. Rühlheim, den 1. September 1915.

Das katholische Pfarramt: Ewald.

Natürlich hat das Pfarramt zu Rühlheim kein Recht, sich aufs Verweigen zu berufen; aber dergleichen Zuschriften bringt man auch ohnedies. Interessant ist es, daß alle Rühlheimer die Geschichte, so wie Stürz sich erzählt hat, auch kennen. So erhielten wir am 2. September u. a. den Brief eines Rühlheimers, der als Armierungssoldat im Osten steht. Er schreibt: „Da ich Rühlheimer bin und von der Geschichte von meinem Großvater, der 1813 bei Gnanau auch dabei war“ ufm. Die volkstümliche Uebersetzung verkauft, das weiß jeder Reiner, oft Personennamen, verlegt auch den Schluß einer Handlung und bringt mehrere abseits liegende Dinge in Verbindung. Aber stets hat die Uebersetzung den Kern eines tatsächlichen Ereignisses. Es wäre interessant, wenn jemand den Vorgängen nachspürte und uns Mitteilung machte.“

ich noch meine Kollegen daran gedacht, und dieser Verpflichtung zu entsagen.

Ich habe mich daher darauf beschränkt, dem Genossen Morgari zu sagen, daß meiner Meinung nach, die Versammlung des Bureaus zurzeit verlos sei, in der Tat würde die französische Gruppe der Internationale nicht daran teilnehmen, weil ein Meinungsaustrausch mit den Delegierten der deutschen Gruppe, den Vertretern der Majorität, kein günstiges Resultat erzielen könnte. Aber ich wiederhole, das ist meine persönliche Meinung. Ich bin nicht zuständig, sondern dem geschäftsführenden Komitee, dem seit dem Kriege die holländischen Genossen beigetreten sind, liegt es ab, gegebenenfalls das „Bureau Socialiste International“ einzuberufen.

Freundlich der Ihre
Emile Vandervelde.

Eine gleichlautende Erklärung erschien im „Labour Leader“ vom 28. August.

Der Brief Oddino Morgari an den Genossen Errati, dem Herausgeber des „Abant“, enthält die Gegenerklärung:

„Lieber Errati! Befolgen Sie die Aufforderung aus dem „Internieu“, das der „Abant“ vom 30. Juli veröffentlicht hat: „Ich bitte Unterredungen mit Banderbelde und mit repräsentativen Persönlichkeiten der französischen sozialistischen Partei. Aber die Zurückweisung war eine absolute, und die Begründung der Zurückweisung klar. Wir haben den technischen Apparat der Internationale in der Hand und wollen nicht, daß dieser dazu diene, den Kampf für Recht und Freiheit zu verhindern“ ufm. Das ist der Satz, in den der Redakteur des „Abant“, der mich interviewte, meine Darstellung zusammenfaßte, und der in dieser Gestalt nur formal zutreffend oder, um es besser zu sagen, im wesentlichen durchaus zutreffend ist. Ich gebe zu, daß Banderbelde und mit ihm die Genossen des französischen Parteivorstandes, sich nicht genau in diesen Worten auszusprechen. Weit entfernt. In jener langen und bewegten Pariser Sitzung vom 19. April mußte ich ihnen sogar den freundschaftlichen Vorwurf machen, daß sie sich gegen mich nicht derselben Waffen bedienten wie ich, und mehr die Sprache von Diplomaten als von „Genossen“ führten, wenn ich auch sofort hinzufügte (was ich auch heute hinzufüge), daß ich ihre schwierige und schmerzliche Lage verstehe, und in dieser diplomatischen Schuldfrage mir alle geneigt wären, ihnen, wenn auch nicht Absolution, so doch mildernde Umstände zuzubilligen. In der Tat erklärten Banderbelde und die französischen Genossen nicht, keine Einberufung der Internationale zu wollen, sondern daß sie sie in jenem Moment nicht wollten (ein Moment, der nunmehr 12 Monate dauerte), weil ihrer Meinung nach eine derartige Einberufung verfrüht wäre und ihren Zweck nicht erreichen würde, im Gegenteil, den Erfolg, den die Antragsteller im besten Glauben sich versprochen, nicht erzielen. Daraus und aus der folgenden, nur von einigen Lichtstrahlen gesäumten Menschenverstandes erhellten Diskussion ergab sich dann die wahre Gründe der Opposition. Einer Versammlung der Neutralen würde das Hindernis der moralischen Unmöglichkeit von Verhandlungen zwischen französischen und deutschen Delegierten ja nicht entgegenstehen. Warum also lehnte die Versammlung dann auch diese ab, und warum erklärte Banderbelde, daß das Bureau sie weder einberufen würde, noch daß er es dazu veranlassen würde?

Nicht genug. Als ich zum drittenmal während der Diskussion mit Entschiedenheit darauf hinwies, daß die Internationale die Geisel einer Partei, einer Regierung oder mehrerer Parteien oder Regierungen“ geworden sei, warum erfolgte dann der freimütig sympathische Einwurf Renoult's, der aussprach und, förmlich die Faust auf den Tisch schlagend, rief: „Nun ja, sie ist eine Geisel, aber des Rechts und der Freiheit“.

Noch nicht genug. Die folgenden sind verbürgte Worte Banderbelde's. Eine Einberufung des Bureaus selbst kann nur durch die Vermittlung des geschäftsführenden Ausschusses erfolgen, dessen Mitglieder nicht zusammenzutreten können, weil einer (Banderbelde) Belgien nicht betreten darf, und andere es nicht verlassen können, während der Sekretäre Syndikus allein in der Lage war, alle 14 Tage, indem er sich Gelegenheiten aussuchte, sich in den Haag zu begeben. Aber Banderbelde bestritt sich, hinzuzufügen, daß auch eine solche Konferenz unmöglich gewesen wäre, er habe sie nicht gemollt. „Aber Sie“, fuhr er an dieser Stelle auf, „daß ich als hiesiger Sozialist mich niemals an einen Tisch setzen konnte, an dem ein deutscher Sozialist Platz genommen hat, solange ich das Goldstück in der Brust von deutschen Soldaten bräutet, von denen jeder dritte ein Sozialist ist?“

Ergeißende Worte, die auch den, der unterschreibenden Journalisten, die aber eben die Frage nicht lösten.

Die Einberufung des „Bureau Socialiste International“ wurde wiederholt von verschiedenen sozialistischen Parteien gefordert: der italienischen, der schwizerischen, der rumänischen, der bulgarischen, „Engerer“ und der amerikanischen, mit dem Zusatz, daß sie alle Kosten eines Kongresses in Washington übernehmen wolle. Welche Formeln fehlten denn allen diesen wiederholten Anfragen? Was für Formeln gelten überhaupt noch in dieser Kriegszeit?

Im übrigen wird sich jeder dieser in wenigen Tagen im Bureau selbst, im Haag, befinden und dem „Bureau Socialiste International“ — das am ersten Tage nach Kriegsausbruch um so mehr hätte zusammenzutreten müssen, als die ersten Meinungsverschiedenheiten und Spaltungen im Schoße der Internationale sofort einsetzten — die Meinung der Anwesenden genau auseinanderlegen und ebenso entscheidende Erklärungen verlangen.

Die mittliche Wahrheit ist also nicht die in dem Brief des Genossen Vandervelde enthaltene. Die Wahrheit ist eine ganz andere. Man kann nicht eine Internationale, die von Frieden sprechen würde, festhalten, wenn man die traurige Utopie eines Krieges bis zu Ende, bis zur endgültigen Niederlage des deutschen Militarismus predigt. Man kann nicht die Versammlung von Neutralen — unter denen die Franzosen und Deutschen ja nicht vertreten wären — unterstützen, wenn man fortsetzt, die Witten der Schweizerfaktionen der Internationale als irgendwelche deutsche Mörder zu verurteilen.

Mailand, 26. August 1915.

Oddino Morgari.

Vermischte Kriegsnachrichten.

Leinwand u. Porzellan, der Ueber der Jaberoffart, ist gefallen.

Der Krieg hat für Sachsen zu Wagnadigungen in weitgehendem Maße geführt. Annahmeverordnungen wurden vom 1. August 1914 bis 31. August 1915 gegen Personen des aktiven Soldaten- und Beurteilungshandes der reichsrechtlich erkannten Strafen bis zu fünf Jahren erlassen. Ausgeschlossen waren Strafen mit Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte. In den genannten 13 Kriegsmonaten sind insgesamt 1277 Beurteilte begnadigt worden.

Vor dem Gericht in Manchester wurde ein Journalist namens Sington zu sechs Monaten Zwangsarbeit verurteilt, weil er für ein amerikanisches Blatt schädliche Artikel über das englische Wehrsystem geschrieben hat. Die lediglich aus Neben beteiligte Männer und Zeitungsmännern zusammengefaßt waren. Im Kapitel des Wehrsystems ist man in England besonders empfindlich. Ein Streik auf die Kosten des englischen Wehrsystems für 18 Millionen aus der amtlichen Mitteilung, daß bis zum 15. April 3 Millionen Wehrpläne zum Preise von 1750 Pfund und 22 Millionen Flugblätter gedruckt worden sind.

In Dronheim ist, wie der „Berliner Lokalanzeiger“ mittelt, kürzlich die Nachricht eingetroffen, daß die deutsche meteorologische Station in der Grobhad auf Spitzbergen von den Engländern geplündert und teilweise zerstört worden ist. Die deutsche Besatzung wurde gefangen genommen. Gegenwärtig liegen acht englische Kriegsschiffe an der Küste von Spitzbergen.

In Tuzin stehen infolge eines 466 Begnadigten. In ganz Wien steht angeblich ein Beibrat in Sicht.

Bei der Eroberung von Kono wurde in der Wohnung eines russischen Offiziers eine bronzene Kirchenglocke gefunden, die höchstwahrscheinlich als Beute aus Ostpreußen entwendet worden ist. Sie trägt die Inschrift „Gottlich gezeichnet anno 1809“.

Fünfprozentige Deutsche Reichsanleihe von 1915. Dritte Kriegsanleihe.

Länger als Jahresfrist steht Deutschland einer Welt von Feinden gegenüber in schwerem Kampfe, wie er in der Geschichte nicht seinesgleichen findet. Ungeheuer sind die Opfer an Gut und Blut, die der gewaltige Krieg fordert. Gilt es doch, die Feinde niederzuringen, die der Zahl nach überlegen sind und sich die Vernichtung Deutschlands zum Ziel gesetzt haben. Diese Absicht wird an den glänzenden Waffentaten von Heer und Flotte, an den großartigen wirtschaftlichen Leistungen des von einem einheitlichen nationalen Willen beseelten Deutschen Volkes zerschellen. Wir sehen, fest vertrauensvoll auf unsere Kraft und die Reinheit des Gewissens, in dem von uns nicht gewollten Kriege zuversichtlich der völligen Niederwerfung der Feinde und einem Frieden entgegen, der nach den Worten unseres Kaisers „uns die notwendigen militärischen, politischen und wirtschaftlichen Sicherheiten für die Zukunft bietet und die Bedingungen erfüllt zur ungehemmten Entfaltung unserer schöpferischen Kräfte in der Heimat und auf dem freien Meere“. Dieses Ziel erfordert nicht nur den ganzen Helden- und Opfermut unserer vor dem Feinde stehenden Brüder, sondern auch die stärkste Anspannung unserer finanziellen Kraft. Das Deutsche Volk hat bereits bei zwei Kriegsanleihen seine Opferfreudigkeit und seinen Siegeswillen bekundet. Jetzt ist eine dritte Kriegsanleihe aufgelegt worden. Ihr Erfolg wird hinter dem bisher Vollbrachten nicht zurückstehen, wenn jeder in Erfüllung seiner vaterländischen Pflicht seine verfügbaren Mittel der neuen Kriegsanleihe zuwendet.

Ausgegeben werden fünfprozentige Schuldverschreibungen der Reichsanleihe. Der Zeichnungspreis beträgt 99%, bei Schuldverschreibungen 98,80%. Die Schuldverschreibungen sind wie bei der ersten und zweiten Kriegsanleihe bis zum 1. Oktober 1924 unkündbar, gewähren also 9 Jahre lang einen fünfprozentigen Zinsgewinn. Da aber die Ausgabe ein volles Prozent unter dem Nennwert erfolgt und außerdem eine Rückzahlung zum Nennwert nach einer Reihe von Jahren in Aussicht steht, so ist die wirkliche Verzinsung noch etwas höher als 5 vom Hundert. Die Unkündbarkeit bildet für den Zeichner kein Hindernis, über die Schuldverschreibungen auch vor dem 1. Oktober 1924 zu verfügen. Die neue Kriegsanleihe kann somit als eine ebenso sichere wie gewinnbringende Kapitalanlage allen Volksschreien aufs wärmste empfohlen werden.

Für die Zeichnungen ist in umfassendster Weise Sorge getragen. Sie werden bei dem Kontor der Reichshauptbank für Wertpapiere in Berlin (Postfachkonto Berlin Nr. 99) und bei allen Zweiganstalten der Reichsbank mit Kasseneinrichtung entgegengenommen. Die Zeichnungen können aber auch durch Vermittlung der Königlichen Seehandlung (Preussische Staatsbank) und der Preussischen Zentral-Genossenschaftskasse in Berlin, der Königlichen Hauptbank in Nürnberg und ihrer Zweiganstalten, sowie sämtlicher deutschen Banken, Bankiers und ihrer Filialen, sämtlicher deutschen öffentlichen Sparkassen und ihrer Verbände, bei jeder deutschen Lebensversicherungsgesellschaft und jeder deutschen Kreditgenossenschaft, endlich bei allen Postanstalten am Schalter erfolgen. Bei solcher Ausdehnung der Vermittlungsstellen ist den weitesten Volksschreien in allen Teilen des Reichs die bequemste Gelegenheit zur Beteiligung geboten.

Wer zeichnen will, hat sich zunächst einen Zeichnungsschein zu beschaffen, der bei den vorgenannten Stellen, für die Zeichnungen bei der Post bei der betreffenden Postanstalt, erhältlich ist und nur der Ausfüllung bedarf. Auch ohne Verwendung von Zeichnungsscheinen sind briefliche Zeichnungen statthaft. Die Scheine für die Zeichnungen bei der Post haben, da es sich bei ihnen nur um eine Einzahlung handelt, eine vereinfachte Form. In den Landbestellbezirken und den kleineren Städten können diese Zeichnungsscheine schon durch den Postboten bezogen werden. Die ausgefüllten Scheine sind in einem Briefumschlag mit der Adresse an die Post entweder dem Postboten mitzugeben oder ohne Marke in den nächsten Postbriefkasten zu stecken.

Ueber das Geld braucht man zur Zeit der Zeichnung noch nicht sogleich zu verfügen, die Einzahlungen verteilen sich auf einen längeren Zeitraum. Die Zeichner können vom 30. September ab jederzeit voll bezahlen. Sie sind verpflichtet:

30%	des gezeichneten Betrages spätestens bis zum 18. Oktober 1915,
20%	" " " " " " " " 24. November 1915,
25%	" " " " " " " " 22. Dezember 1915,
25%	" " " " " " " " 22. Januar 1916

zu bezahlen. Nur wer bei der Post zeichnet, muß schon zum 18. Oktober d. J. Vollzahlung leisten. Im übrigen sind Teilzahlungen nach Bedürfnis zulässig, jedoch nur in runden, durch 100 teilbaren Beträgen. Auch die Beträge unter 1000 Mark sind nicht sogleich in einer Summe fällig. Da die einzelne Zahlung nicht geringer als 100 Mark sein darf, so ist dem Zeichner kleinerer Beträge, namentlich von 100, 200, 300 und 400 Mark, eine weitgehende Entschädigung darüber eingeräumt, an welchen Terminen er die Teilzahlung leisten will. So steht es demjenigen, welcher 100 Mark gezeichnet hat, frei, diesen Betrag erst am 22. Januar 1916 einzuzahlen. Der Zeichner von 200 Mark braucht die ersten 100 Mark erst am 24. November 1915, die übrigen 100 Mark erst am 22. Januar 1916 zu zahlen. Wer 300 Mark gezeichnet hat, hat gleichfalls bis zum 24. November 1915 nur 100 Mark, die zweiten 100 Mark am 22. Dezember 1915, den Rest am 22. Januar 1916 zu zahlen. Es findet immer eine Verschiebung zum nächsten Zahlungstermin statt, solange nicht mindestens 100 Mark zu zahlen sind.

Der erste Zinsschein ist am 1. Oktober 1916 fällig. Der Zinslauf beginnt also am 1. April 1916. Für die Zeit bis zum 1. April 1916 findet der Ausgleich zugunsten des Zeichners im Wege der Stückzinsberechnung statt, d. h. es werden dem Zeichner 5% Stückzinsen von dem auf die Einzahlung folgenden Tage ab im Wege der Anrechnung auf den einzuzahlenden Betrag vergütet. So betragen die Stückzinsen auf je 100 Mark berechnet:

	für die Einzahlungen bis zum 30. September 1915	2,50 M.	der Zeichner hat also in Wirklichkeit nur zu zahlen	96,50 M.	96,30 M.
"	am 18. Oktober 1915	2,25 M.	" " " " " " " "	96,75 M.	96,55 M.
"	" 24. November 1915	1,75 M.	" " " " " " " "	97,25 M.	97,06 M.

Für jede 18 Tage, um die sich die Einzahlung weiterhin verschiebt, ermäßigt sich der Stückzinsbetrag um 25 Pfennig. Für die Einzahlungen ist nicht erforderlich, daß der Zeichner das Geld bar bereitlegen hat. Wer über ein Guthaben bei einer Sparkasse oder einer Bank verfügt, kann dieses für die Einzahlungen in Anspruch nehmen. Sparkassen und Banken werden hinsichtlich der Abhebung namentlich dann das größte Entgegenkommen zeigen, wenn man bei ihnen die Zeichnung vornimmt. Besitzt der Zeichner Wertpapiere, so eröffnen ihm die Darlehensstellen des Reichs den Weg, durch Verleihung des erforderlichen Darlehens zu erhalten. Für diese Darlehen ist der Zinssatz um ein Viertelprozent ermäßigt, nämlich auf 5 1/4%, während sonst der Darlehenszinssatz 5 1/2% beträgt. Die Darlehensnehmer werden hinsichtlich der Zeitdauer des Darlehens bei den Darlehensstellen das größte Entgegenkommen finden, gegebenenfalls im Wege der Verlängerung des gewährten Darlehens, so daß eine Kündigung zu ungeliebter Zeit nicht zu befürchten ist.

Wer Schuldverschreibungen wählt, genießt neben einer Kursvergünstigung von 20 Pfennig für je 100 Mark alle Vorteile des Schuldwechsels, die hauptsächlich darin bestehen, daß das Schuldbuch vor jedem Verlust durch Diebstahl, Feuer oder sonstiges Abhandenkommen der Schuldverschreibungen schützt, mithin die Sorge der Aufbewahrung beseitigt und außerdem alle sonstigen Kosten der Vermögensverwaltung erspart, da die Eintragungen in das Schuldbuch sowie der Bezug der Zinsen vollständig gebührenfrei erfolgen. Nur die spätere Ausreichung der Schuldverschreibung, die jedoch nicht vor dem 15. Oktober 1916 zulässig sein soll, unterliegt einer mäßigen Gebühr. Die Zinsen erhält der Schuldverschreibungsinhaber durch die Post portofrei zugesandt; er kann sie aber auch fortlaufend seiner Bank, Sparkasse oder Genossenschaft überweisen lassen oder sie bei einer Reichsbankanstalt oder öffentlichen Kasse in Empfang nehmen. Angesichts der großen Vorzüge, welche das Schuldbuch gewährt, ist eine möglichst lange Aufbewahrung der Eintragung dringend zu raten.

Aus Vorstehendem ergibt sich, daß die Beteiligung an der Kriegsanleihe nach jeder Richtung auch den weniger bemittelten Volksschreien erleichtert ist. Die Anleihe stellt eine hochverzinsliche und unbedingt sichere Anlage dar. Darüber hinaus aber ist es eine Ehrensache des Deutschen Volkes, durch umfangreiche Zeichnungen die weiteren Mittel aufzubringen, deren Heer und Flotte zur Vollendung ihrer schweren Aufgaben in dem um Leben und Zukunft des Vaterlandes geführten Krieg unbedingt bedürfen.

Joh. Heinr.
Helberger

Trotz
allgemeiner
Teuerungen in der Holz-
branche liefere ich zu bekannt
billigen Preisen und gewähre

10% Rabatt

auf:

Ca. 80

Schlafzimmer

in hell und dunkel Nußbaum,
Eichenholz, Mahagoni, mit 2 und
3 St. Stuhlgelehnstühlen

von 158.- bis 496.-

Hochelegante

Schlafzimmer

in Mahagoni, Eiche, Edel-Eiche,
Kirschbaum, Eiche, Nussbaum, mit
180 cm und 200 cm breiten Stuhl-
Stuhlgelehnstühlen, Betten mit Auf-
und Abkantung

565.- 885.- 725.-
850.- 900.- 1135.-

100

Speise- und Herrenzimmer

vornehm, aparte Modelle
von 345.- bis 1600.-

Küchen-Einrichtungen

in modernem Anstrich u. vitra-pine
von 69.- bis 315.-

Mahagoni-Salons

mit soliden Polstermöbeln
von 450.- bis 1000.-

Alle erdenklichen

Einzel-Möbel:

Stuhl, Stuhl u. Stuhl v. 108 an
Vertikale . . . von 28
Schreibtische, Stuhl, pol. u. 35
Wasserschrank, Stuhl,
und Stuhl . . . von 40
Vorplatzstühle von 16.70
Stuhl, Stuhl . . . von 50
Stuhlgelehnstühle . . . von 65
Niederstühle . . . von 13.50
Stuhl, Stuhl, pol. u. 19.75 an

**Vilbeler Strasse
29**

Während des Krieges von 12-2 Uhr geschlossen.

Kunstgewerbeschule Frankfurt am Main.
Schüleranmeldungen

für das am 13. September d. J. beginnende Wintersemester vom
5. September ab täglich von 11 bis 1 Uhr im Direktorszimmer,
Neue Rainer Straße 47.

E. Benz & Co.

Töngesgasse 16 Fernsprecher 8193, 1 Elisabethenstr. 12

Leder-Ausschnitt, Schuhmacher-Artikel

Verkauf des berühmten Patent-Dauerleders „Neptunia“

Doppelpol - Durchnähen auf erstklassigen Maschinen.

Billige Preise. Flotte sachmännische Bedienung.

Möbel-Transport

und Lagerung ganzer Haushaltungen

in neuem modernen Lagerhaus bei billigster
Berechnung. - Umzüge jeder Art und Größe
unter eigener selbständiger Ausführung.
Spezialität für Geschäfts-Umzüge,
Flügel und Kassenschränke.

Frankf. Packer-Genossenschaft

Hohenstaufenstrasse 1. Tel. Amt Taunus 3189.